Nummer 157

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 75. Jahrgang. Donnerstag, 3. April 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Polit. Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sports: Gerhart Renner. Inseratenteil: i. V. A. Lotze, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6 Rmk. ohne Postgebühr. Die Zeitung erscheint in der Woche wochentags. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich, Schweden 27 schwedische Kronen, Norwegen 28 norwegische Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schilling, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Reichslandbund für Kabinett Brüning-Schiele.

Der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes hat gestern folgende Entschließung gefaßt:

Der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes spricht seinem Präsidenten, Minister Schiele, einmütig den Dank für sein mannhaftes Handeln aus, gelobt ihm die Unterstützung des deutschen Landvolkes mit allen Mitteln in seinem schweren Kampf für die Rettung der deutschen Landwirtschaft und erwartet demgemäß, im Gegensatz zu den Absichten der Sozialdemokratie, das Kabinett zu stürzen, von allen parlamentarischen Vertretern des Landvolkes eine Haltung, die dem Kabinett Brüning-Schiele die Möglichkeit zur Durchführung des Agrarprogramms gibt.

*

Die große Frage, welche Haltung die deutschnationale Reichstagsfraktion zum Kabinett Brüning bzw. zu dem Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten einnehmen wird, ist noch immer offen. Auch der gestrige Nachmittag und Abend hat eine Entscheidung nicht gebracht. Die Fraktion trat unmittelbar nach der Plenarsitzung zusammen. Nach mehrstündiger Debatte wurde, wie verlautet, eine Probeabstimmung vorgenommen, die eine Mehrheit von etwa drei Dutzend Stimmen für das Festhalten an den Beschlüssen vom Dienstag (Vertagung der Abstimmung über das Mißtrauensvotum bis zum 12. April) ergab, während etwa ein Dutzend Fraktionsmitglieder sich für die eindeutige und sofortige Ablehnung des sozialdemokratischen Mißtrauensvotums aussprach. Man muß jedoch beachten, daß die Fraktion keineswegs vollständig versammelt war und daß etwa 16 Abgeordnete fehlten, die größtenteils an der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Bundesvorstandes des Reichs-Landbundes teilnahmen. Es liegt auf der Hand, daß diese Abgeordneten wohl ohne jede Ausnahme für die sofortige Ablehnung des sozialdemokratischen Mißtrauensvotums eingetreten wären, so daß also nicht von einer starken Mehrheit des intransigenten Flügels gesprochen werden kann. Es muß weiter hervorgehoben werden, daß der oben angeführte Beschluß des Reichs-Landbundes in der deutschnationalen Fraktion erst bekannt wurde, nachdem die Probeabstimmung bereits stattgefunden hatte. Die Abstimmung wäre sicherlich wohl anders ausgefallen, wenn der Beschluß des Reichs-Landbundes früher vorgelegen hätte. Jedenfalls handelte es sich bei der Abstimmung noch keineswegs um eine endgültige Entscheidung, die vielmehr auf den heutigen Donnerstag, 10 Uhr, vertagt worden ist. Offenbar will die deutschnationale Parteiführung, die sich gegen die positive Richtung des Reichs-Landbundes sträubt, noch einmal den unseres Erachtens zwecklosen Versuch machen, von der Reichsregierung das Einverständnis zu einer Vertagung der Mißtrauensvoten zu erlangen. Von maßgebender Seite des Kabinetts wird dieser Versuch als aussichtslos bezeichnet und noch einmal mit Bestimmtheit erklärt, daß, falls die deutschnationale Fraktion nicht für die Ablehnung des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages sorge, der Reichstag zweifellos schon heute aufgelöst werden würde.

Die Aussprache im Reichstag.

Wider Erwarten wurde gestern im Reichstag die große politische Aussprache über die Regierungserklärung nicht zu Ende geführt; vielmehr wurde die Debatte schon gegen 4 Uhr nachmittags abgebrochen und auf heute vormittag 11 Uhr vertagt. Maßgebend für die Vertagung war in erster Linie die Unentschlossenheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die gestern nachmittag noch zu keiner endgültigen Klarheit über ihre Haltung zur neuen Reichsregierung gelangt war. Infolgedessen kam auch gestern kein deutschnationaler Redner mehr zum Wort.

Davon abgesehen gab die Aussprache jedoch ein ziemlich erschöpfendes Bild über die Einstellung der anderen Parteien. Wenn die Vertreter der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes auch mancherlei Sonderwünsche präsentierten und eine gewisse Handlungsfreiheit in Anspruch nahmen, so kam doch in den Reden der Herren Dremiß, Leicht und Fehr der ehrliche Wille, dem neuen Kabinett seine schwere Aufgabe nach Kräften zu erleichtern, klar zum Ausdruck. Weniger positiv fiel die Erklärung der Demokraten aus, die dem Kabinett zwar zunächst auch „keine Hindernisse" in den Weg legen wollen, aber offenbar doch mit dem Gedanken spielen, ihm bei nächster Gelegenheit einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Die Forderung des Abg. Meyer, den Konflikt mit Thüringen im Sinne des Herrn Severing weiterzutreiben, und sein „Appell" an die Regierung, auf die Anwendung des Artikel 48 von vornherein zu verzichten, geben jedenfalls einen Fingerzeig, von welcher Seite her das Kabinett Brüning mit unliebsamen Störungsversuchen zu rechnen haben wird. Sich nicht irremachen lassen, dürfte das beste Rezept gegen derartige Auswüchse des zerfetzenden Parteigeistes sein, von dem, wie der Christlich-Soziale Hülser sehr richtig feststellte, das Volk längst nichts mehr wissen will.

Noch stärker und eindringlicher verlieh Abgeordneter Schlange-Schöningen der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Parteipolitik ihren Kurswert verloren hat und daß daher die neue Regierung sich nur durchsetzen werde, wenn sie ohne jede Rücksicht auf die Fraktionsarithmetik an ihre Aufgaben herangeht. Die Mahnung des Vertreters der Landvolkpartei, daß jeder, der die Arbeit des neuen Reichsernährungsministers hindere, als „Schädling der Landwirtschaft" gebrandmarkt werden müsse, wird hoffentlich von allen, die es angeht und in deren Händen jetzt die Entscheidung über das parlamentarische Schicksal des Kabinetts Brüning liegt, verstanden werden. Wohlverstanden: nur das parlamentarische Schicksal; denn Existenz und Dauer dieser neuen Regierung haben bereits nichts mehr mit dem Belieben dieser oder jener Fraktion, noch überhaupt des ganzen Parlaments zu tun. Das Kabinett Brüning wird regieren. So oder so.

(Sitzungsbericht siehe Seite 2.)

Der italienisch-französische Gegensatz im Mittelmeer.

Von

Hauptmann Hans Rohde, Berlin.

I.

Seine Grundlagen.

Der italienisch-französische Gegensatz im Mittelmeer beherrscht heute die europäische Politik und die Weltpolitik in einem Maße, wie wir es in ähnlicher Weise seit den Tagen der deutsch-englischen Spannung vor dem Kriege nicht mehr erlebt haben. Deutschland ist an ihm unmittelbar nicht beteiligt. Um so größer ist aber das mittelbare Interesse Deutschlands an ihm angesichts der Rückwirkungen und Möglichkeiten, die sich bereits ergeben haben und in Zukunft in noch stärkerem Maße sicher noch ergeben werden einmal für die politische Entwicklung in Europa im allgemeinen, dann aber vor allen Dingen auch für die Stellung Deutschlands in dieser Entwicklung im besonderen. Diese Bedeutung des italienisch-französischen Gegensatzes wird in weiten Kreisen Deutschlands auch heute noch nicht in vollem Umfange gewürdigt. Auf sie wieder einmal hinzuweisen, ist der Zweck der folgenden Ausführungen, deren Anfang zunächst einmal eine Schilderung der wichtigsten Grundlagen des italienisch-französischen Gegensatzes bilden soll.

Der italienisch-französische Gegensatz im Mittelmeer hat seinen innersten Grund in der geographischen Lage und dem Machtstreben beider Länder. Dieses Machtstreben zielt auf nichts anderes als auf die Beherrschung des gesamten Mittelmeerraums. Für beide Mächte ist diese Beherrschung eine Lebensfrage, für Italien, das wie eine riesige Mole in das Mittelmeer hineinragt, allein schon durch seine geographische Lage und die Art seiner Küstengestaltung, für Frankreich vor allen Dingen durch den Besitz großer Teile Nordafrikas und die Bedeutung, die dieser Besitz politisch und militärisch für Frankreich hat.

Der Gegensatz zwischen Italien und Frankreich ist somit in erster Linie zunächst einmal ein geographisches und machtpolitisches, gleichzeitig damit aber auch ein bevölkerungspolitisches und wirtschaftspolitisches Problem. Italien ist ein übervölkertes Land. Seine Bevölkerungsdichte beträgt zur Zeit rund 135 Menschen auf den Quadratkilometer. Sie ist in starkem Aufstieg begriffen. Im Jahre 1911 betrug die Bevölkerungszahl Italiens noch 34,6 Millionen, im Jahre 1925 war sie bereits auf über 42 Millionen gestiegen. Das bedeutet in vierzehn Jahren eine Bevölkerungszunahme von rund acht Millionen trotz der Kriegsverluste, die man auf anderthalb Millionen beziffert. Diese Bevölkerungszunahme ist eine Folge der natürlichen Wachstumstendenz des italienischen Volkes. Für sie ist aber in Italien selbst nicht genügend Raum. Italien ist zu klein, es ist an Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu arm, um eine derartig starke Bevölkerung unterzubringen, sie ernähren und ihr ausreichende Verdienstmöglichkeiten bieten zu können. Italien war in früheren Zeiten bereits gezwungen, große Teile seines Bevölkerungsüberschusses an fremde Länder abzugeben. Es ist es heute mehr denn je.

Die wenigen Kolonien, über die Italien verfügt, sind bei weitem nicht imstande, den Bevölkerungsüberschuß, den ein Geburtsüberschuß von über 400 000 Köpfen jährlich erzeugt, aufzunehmen. Es sind größtenteils Sandwüsten, die sich außerhalb der schmalen Küstengebiete zu einer Kolonisierung größeren Stils nicht eignen. Die Vereinigten Staaten, nach denen sich früher die Masse der italienischen Auswanderer wandte, sind diesen heute durch die neue Einwanderungsgesetzgebung der Vereinigten Staaten mehr oder weniger versperrt. Auch Südamerika und die englischen Dominions üben Zurückhaltung. Andere Gebiete aber stehen nur in beschränktem Maße zur Verfügung, es sei denn, daß Italien gewillt ist, auf seine Auswanderer in staatsbürgerlichem Sinne zu verzichten. Das aber ist es, was das heutige Italien gerade nicht will. Das heutige Italien ist im Gegenteil mit allen Mitteln bestrebt, die Bevölkerungsteile, für die in Italien selbst kein Platz mehr ist, dem italienischen Volkstum zu erhalten. Es will diese Teile der Verwirklichung seiner machtpolitischen Ziele nutzbar machen, und deshalb sucht es den ihm fehlenden Raum für jene heute in erster Linie dort, wo die Grundlagen dieser Ziele liegen, im Mittelmeer und seinen Italien gegenüber liegenden nordafrikanischen Küsten, auf die es durch seine geographische Lage ein natürliches Anrecht zu haben glaubt und ohne Zweifel auch hat. Hier aber stößt es überall auf Frankreich, das ein solches Anrecht nicht anerkennen will und auch nicht anerkennen kann, ohne nicht

Londoner Vollsitzung vertagt

Der Sicherheits-Komplex. — Anfragen im Unterhaus. — Japans Antwort „nicht definitiv"

London, 2. April.

Die Führer der Delegation zur Seeabrüstungskonferenz sind übereingekommen, die auf Freitag anberaumte Vollsitzung zu vertagen, um die gegenwärtig noch im Gang befindlichen Besprechungen nicht zu unterbrechen. Ein neues Datum für die Vollsitzung ist noch nicht festgesetzt worden. Eine nicht unbeträchtliche Ueberraschung hat heute auf der Konferenz eine offizielle japanische Erklärung hervorgerufen, in der es heißt, daß die japanische Regierungsantwort an die japanische Delegation nur Instruktionen enthalte, die Verhandlungen mit Amerika und England fortzusetzen. Von einer definitiven Antwort der japanischen Regierung auf die englisch-amerikanischen Abrüstungsvorschläge könne nicht gesprochen werden.

Die in den Verhandlungen zwischen Briand und Henderson zustande gekommene provisorische Sicherheitsformel soll, wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, heute Gegenstand einer Sitzung des englischen Kabinetts gewesen sein. Im Unterhause wurden heute mehrere Anfragen an den Schatzkanzler Snowden, der Macdonald vertrat, über diese Sicherheitsformel gestellt. Snowden ließ im allgemeinen die Anfrage mehr oder weniger unbeantwortet, erklärte aber, daß der Artikel 16 der Völkerbundssatzungen in den Verhandlungen zwischen Henderson und Briand erörtert worden sei. Vorschläge, diesen Artikel durch eine Zusatzbestimmung zu erweitern, seien nach Snowdens Erklärungen von keiner Seite gemacht worden. (Ein Spiel mit Worten! Die Annahme der französischen Auslegung ist für England „Zusatz" genug. D. Red.)

Protestschritt des japanischen Flottenchefs beim Mikado.

EP Tokio, 2. April.

Beträchtliches Aufsehen hat heute in hiesigen politischen Kreisen das Bekanntwerden der Tatsache hervorgerufen, daß der japanische Flottenchef, Admiral Kato, vom Kaiser in Audienz empfangen worden ist. In seiner Unterredung mit dem Mikado soll Admiral Kato den Kabinettsbeschluß zu den englisch-amerikanischen Abrüstungsvorschlägen scharf kritisiert haben. Die Vorschläge sollen nach Katos Ansicht eine ernste Gefahr für die Sicherheit Japans darstellen. Dem Heeres- und Marinechef steht in Japan das Recht zu, in Fällen ernster Gefahr über die Regierung hinweg sich an den Kaiser zu wenden.

Senat und Youngplan.

Paris, 2. April.

Vor den Vereinigten Senatsausschüssen für Auswärtiges und für Finanzen sprachen Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Raynaud über den Youngplan. Tardieu wiederholte im wesentlichen die bereits vor den entsprechenden Ausschüssen der Kammer und im Plenum der Kammer selbst abgegebenen Erklärungen. Der zweite Teil der Ausschuß-Sitzung war der Frage der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gewidmet.

Im Anschluß an d ese gemeinsame Sitzung hielt der Finanzausschuß des Senats unter dem Vorsitz von Clémentel eine eigene Sitzung ab. Der Ausschuß billigte einmütig den Bericht Dumonts, der für die Ratifizierung des Youngplans eintritt. Wie verlautet, wird die Debatte über den Youngplan Sonnabend vormittag vor dem Plenum des Senats beginnen und nötigenfalls auch noch am Sonntag fortgesetzt werden.

Der Bericht, den Senator Bérenger vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten über die Ratifizierung des Youngplans erstattete, untersucht u. a. die Gründe, warum die französische Regierung den Neuen Plan annahm. Weiter führt der Bericht aus, was die im Neuen Plan vorgesehenen Garantien anlange, so kämen vom Versailler Vertrag lediglich die Art. 42, 43 und 44 über das linke Rheinufer, sowie der Art. 213 und gleichzeitig die Art. 13, 15 und 16 des Völkerbundsstatuts in Frage. Aber die Garantien für die Entmilitarisierung beider Rheinufer blieben jetzt vom komplizierten Mechanismus der Abkommen von Locarno, dem Kellogg-Pakt und dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag abhängig. Was bedeuteten demnach die zwischen den Gläubigermächten und Deutschland am 20. Januar 1930 im Haag ausgetauschten Erklärungen, daß die Gläubigermächte, falls Deutschland den Youngplan nicht innehalten sollte, ihre Handlungsfreiheit wieder erhalten? Was sei unter dieser Handlungsfreiheit zu verstehen? Diese könnten nach seiner Ansicht nur im Rahmen des internationalen öffentlichen Rechts verstanden werden. Der Bruch des neuen Abkommens dürfte so gut wie unwahrscheinlich sein. Der Neue Plan sei kein starres System, denn er enthalte für Deutschland das Sicherheitsventil des Moratoriums. Deswegen scheine der Neue Plan weder Explosionen noch ernsten Rissen ausgesetzt zu sein, umso weniger, als das deutsch-polnische Abkommen (!) vom Reichstag ratifiziert und vom Reichspräsidenten zusammen mit dem Neuen Plan verkündet worden sei.

Im Verlaufe seines Vortrags behauptete übrigens Bérenger,

Deutschland habe an die Alliierten bereits 18 Milliarden Goldmark gezahlt.

Wenn Frankreich, so erklärte er weiter, die Aussöhnung in Europa und die Annäherung mit Deutschland wolle, dürfte es nicht glauben, daß man zehn Jahre nach dem Kriege ein Volk von 60 Millionen, das seit vier Jahren dem Völkerbunde angehört, unter einer ausländischen militärischen und wirtschaftlichen Bevormundung halten könne.

Ein Petroleumskandal in Frankreich?

Gerüchte um Deterdings Besuch in Paris.

EP Paris, 2. April.

Die Zusammenkunft zwischen dem englischen Petroleummagnaten Deterding und dem Ministerpräsidenten Tardieu beschäftigt immer noch die Presse. Die Blätter teilen jetzt mit, daß der Besuch Deterdings auch mit einem Riesenskandal in Zusammenhang gebracht werden müsse, der demnächst ausbrechen und die Gerichte beschäftigen werde. Dem „Intransigeant" zufolge sind in diesen Skandal mehrere Parlamentarier verwickelt. Zwei Mitglieder der Grubenkommission der Kammer sollen einen Bericht über die Regelung der Petroleumeinfuhr, der auf Verlangen der Regierung ausgearbeitet worden war, schon vor mehreren Monaten beiseite gebracht haben. Ferner sollen — von wem, wird nicht mitgeteilt — Zollunterschlagungen bei der Petroleumeinfuhr begangen worden sein. Deterdings soll versucht haben, Tardieu zur Vertuschung dieses Skandals zu bewegen. Der Ministerpräsident erklärte Pressevertretern, er sei fest entschlossen, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen.

Tschiangkaischek braucht Geld.

Paris, 2. April.

Nach einer Havas-Meldung aus Schanghai hat General Tschiangkaischek vor seiner Abreise nach Nanking mit den maßgebenden Kreisen Schanghais, um Geldmittel zu erhalten, Fühlung genommen und sich bemüht, seine Anhänger zu beruhigen. Die Geschäftswelt steht dem Regime wenig sympathisch gegenüber, sie stellt jedoch fest, daß der Sieg der Zentralregierung die einzige Aussicht für eine Befriedung des Landes darstelle.